

# **Rede von Ministerpräsident Peer Steinbrück auf dem Landesparteitag**

**am 14. Juni 2003 in Bochum**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Dieser Parteitag ist der Bildungspolitik gewidmet.

Wir, jede und jeder von uns, schulden unseren Töchtern und Söhnen, unseren Enkelinnen und Enkeln eine Antwort:

Wie kann unsere Gesellschaft unter dem Eindruck von PISA, in Zeiten schwerer finanzieller Bedrängnis, klammer öffentlicher Kassen ihrer wertvollsten Ressource, nämlich ihren nachfolgenden Generationen eine chancengerechte und gerade auch im internationalen Vergleich erstklassige Ausbildung nicht nur anbieten – nein, garantieren?

Die „Volksbildung“, so nannten das die Gründerväter und –mütter unserer Partei, die war 140 Jahre lang die konkrete Übersetzung unserer Grundwerte:

- Freiheit von dem analphabetischen Makel der unteren Klasse.
- Gleichheit im Zugang zu Bildungschancen.
- Solidarität der Generationen.

Es ist immer die Herzensangelegenheit sozialdemokratischer Politik gewesen: Unsere Kinder sollen es einmal besser haben! Und das hat sich nicht nur auf ihre materielle Ausstattung bezogen. Es galt immer auch der Bildung! Wir stehen also in der Pflicht. Es ist – auch – unser historischer Auftrag, sozialdemokratische Bildungspolitik zu betreiben.

Sozialdemokratische Bildungspolitik aber kann nur betreiben, wer sozialdemokratische Politik machen kann.

Sozialdemokratische Politik aber können wir nur gestalten, wenn wir die Menschen davon überzeugen, dass wir alles tun und unser Bestes geben, um unser Land nach vorn zu bringen.

Dann – und nur dann – gewinnen wir Wahlen.

Unsere Partei feiert in diesen Wochen ihren 140. Geburtstag. Sie hat sich in einer langen Geschichte gegen viele Anfeindungen behauptet, die geprägt ist von großen Persönlichkeiten, leidenschaftlichen Programmdebatten und Richtungskämpfen, von Verfolgungen, von Erfolgen und Niederlagen, von Traditionsbewusstsein und Fortschrittsglauben.

Wie viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind in der langen Geschichte unserer Partei wegen ihres Kampfes für eine soziale Demokratie von ihren Arbeitsplätzen verjagt, aus ihren Wohnungen geworfen, verfolgt, in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt worden?

Warum ich Euch das heute erzähle, wo es doch um Bildungspolitik und natürlich um den Zustand unserer Regierungskoalition geht?

Ich will es Euch sagen: 140 Jahre sozialdemokratischer Geschichte legen Zeugnis ab von einem beständigen Ringen um unsere Überzeugungen – von der Revisionsmusdebatte bis zur Agenda 2010 – und einem immerwährenden Kampf um Herzen und Köpfe der Wählerinnen und Wähler.

Ja, wir sind ins Gelingen verliebt.

Aber das reicht nicht.

Wir sind zum Gelingen verpflichtet. Wir haben als Trägerinnen und Träger sozialdemokratischer Geschichte nicht das Recht, mit unserem Gestaltungsauftrag zu spielen nach der Melodie: „Es wird schon gut gehen ...“

Wir stehen wieder zur Wahl:

2004 bei den Europawahlen

Im Herbst 2004 in den Städten und Gemeinden und  
2005 im Land.

Machen wir uns nichts vor: Unsere Umfragewerte sind schlecht. Wenn es wenigstens nur böswillige Demoskopen wären, die uns alles Schlechte an den Hals wünschten und schreckliche Umfrageergebnisse veröffentlichten.

Aber das ist es doch nicht. Wir spüren doch alles selbst, dass wir gegenwärtig – vornehm ausgedrückt – keine starke Anziehungskraft auf die Bürgerinnen und Bürger ausstrahlen.

Dabei verweigern uns doch die Menschen nicht ihre Zustimmung, weil die CDU nun zum Aufbruch geblasen und uns aus dem Anzug gestoßen hätte. Die CDU schneidet in den Umfragen 8 oder 9 Prozent besser ab als wir, weil wir als Regierungspartei und als Koalition insgesamt nicht überzeugen.

Warum?

- Weil die Menschen im Lande und wir vor lauter Auflagen und Verfahrenshindernissen keinen Schwung mehr in den Laden bringen.
- Weil sich in unserem ordnungsrechtlichen Wust und in dem Wirrwarr von behördlichen Zuständigkeiten nur noch 3 Leute im Land auskennen: Der eine ist tot, der zweite ist verrückt geworden und der dritte ist nicht hier, aber das macht nichts, denn der hat ohnehin alles vergessen.
- Weil viele Kommunen ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger bis zum Anschlag zurückfahren müssen.

- Weil wir Autobahnlücken, die seit Jahrzehnten debattiert werden, nicht schließen und Ortsumgehungen nicht bauen.
- Weil die Perspektiven des Flughafens Düsseldorf in einem der größten Ballungsräume Europas vom so genannten Angerlandvergleich aus dem Jahr des Heils 1966 ausgebremst wird.
- Weil die 3,3 Mrd.-Euro Investition des Metrorapid zerredet wird, aber wir die Chinesen toll finden, wie die so etwas hinkriegen.
- Weil das Hauptbahnhofprojekt in Dortmund im Märklin-Maßstab diskutiert wird, aber jeder bewundernd im Leipziger Bahnhof steht.
- Weil Manager, Arbeitnehmer und Betriebsräte den Eindruck haben, dass das Stapeln von Osterfeuerholz wichtiger ist, als die Kostenbelastungen und Standortprobleme ihres Unternehmens.
- Weil viele Bürgerinnen und Bürger glauben, dass zuviel öffentliches Geld auch noch falsch ausgegeben wird.
- Weil wir mehr Entfesselungskünstler als Bremsklötze brauchen.

Genossinnen und Genossen, wir sind nicht gewählt worden (und der Sieg fiel schwer genug im Jahr 2000) und Wolfgang Clement und ich sind auch nicht angetreten, um Euch und den Menschen zu sagen, was leider alles nicht geht und erst noch einmal sorgfältig ausdiskutiert werden muss.

Wir sind gewählt worden und angetreten, um etwas zu bewegen, um das Land nach vorn zu bringen.

Wir sind nicht Teilnehmer eines Verhinderungswettbewerbs, wir haben einen Gestaltungsauftrag und ich will ihn wahrnehmen.

Ich will nicht in der Perspektive bis 2005 eine lahme Ente sein.

Die SPD regiert seit 37 Jahren in Nordrhein-Westfalen, davon 15 Jahre allein und 22 Jahre lang in unterschiedlichen Koalitionen.

Wir regieren so lange, weil wir immer wieder neu das Vertrauen und Zutrauen der Menschen in Nordrhein-Westfalen gewinnen konnten, dass wir ihre Lebenswirklichkeit verstehen und in unsere Politik aufnehmen und das Land auch für nachfolgende Generationen voranbringen.

Wir gewannen die Wahlen, weil wir als verwurzelt, kompetent, klar und handlungsfähig galten.

Wir gewannen die Wahlen, weil wir die Fragen des Landes aufnahmen, die die Menschen bewegen. Die vordringlichen Interessen des Landes fanden in unserem Regierungshandeln ihren erkennbaren Niederschlag.

Wir Sozialdemokraten sind, sagte ich, ins Gelingen verliebt.

Wir sind zum Gelingen verpflichtet.

Wir Sozialdemokraten sind zum Gewinnen verpflichtet.

Wer, wenn nicht wir, kann die unvermeidlichen Kürzungen im Landeshaushalt so gestalten, dass die soziale Balance dabei gewahrt wird?

Wer, wenn nicht wir, oder besser, wer, wenn nicht Harald Schartau, kann Wirtschaft und Arbeit zu einer gemeinsamen Anstrengung bewegen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen?

Wer, wenn nicht wir, kann innere Sicherheit garantieren, ohne dass unsere Polizei auf einem Auge – ganz gleich ob rechts oder links – blind sein müsste?

Wer, wenn nicht wir, kann gleiche Bildungschancen schaffen?

Wer, wenn nicht wir, ist der Anwalt der Gleichberechtigung von Frauen?

Wir haben allein seit Beginn dieses Jahres 5 schwere Auseinandersetzungen mit den GRÜNEN auf der öffentlichen Bühne ausgetragen. Die Reibereien im parlamentarischen Betrieb und in der Regierungsarbeit erspare ich Euch, auch wenn sie als permanente Grundlast keineswegs unbedeutsam sind.

Niemand aus dem sozialdemokratischen Teil der Regierung, der Parteispitze oder der Fraktion hat sich die Begriffe, Schilderungen und Bewertungen ausgedacht oder herbeigeredet, die im Augenblick die öffentliche Diskussion bestimmen.

Die Medien waren voll damit, die öffentlichen Veranstaltungen und auch die parteiinternen Debatten.

Wir reden nicht über Gewitter aus heiterem Himmel, über Inszenierungen oder über das Ungeheuer von Loch Ness, das uns plötzlich angefallen hat.

Da war und ist die Rede von „Gewürge“, „Blockade“ oder „Paralyse“, von „Szenen einer Ehe“ oder „Ermüdungsbruch“.

Spätestens seit April verfestigt sich der Eindruck, dass die Koalition nicht in der Lage sein könnte, Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft zu führen.

Immer weniger Bürgerinnen und Bürger trauen der rot-grünen Regierungskoalition in dieser Aufstellung zu, die tiefgreifenden Probleme dieses Landes zu lösen.

Dem müssen wir uns stellen! Das können wir so nicht treiben lassen!  
Die SPD würde Schaden nehmen.

Gerade weil ich eine Verantwortung für meine Partei trage, ist es meine Pflicht, alles zu tun, um einen Abwärtstrend zu stoppen.

Ja, ich bin in Sorge. Während die GRÜNEN in Umfragen stabil bleiben, verlieren wir.

Sie erzielen den politischen Nährwert in diese Koalition, weil sie nur auf eine vergleichsweise kleine Klientel orientiert sind, während wir in die Gesamtverantwortung für das genommen werden, was nicht so gut läuft.

Die SPD hat sich in ihrer Geschichte immer für Minderheiten stark gemacht. Und das bleibt auch so! Aber: Die Addition der Probleme von Minderheiten ergibt noch keine mehrheitsfähige Politik.

Das können die GRÜNEN, wir nicht.

Deshalb: Wir brauchen in Düsseldorf mehr Rot pur.

Mich beschäftigen drei Fragen, die ich Euch nahe bringen möchte:

Wer von uns ist davon überzeugt, dass wir in dieser Konstitution, in dieser Aufstellung die nächsten Wahlen gewinnen können?



Glaubt jemand im Ernst, dass wir mit einer Strategie „Hauptsache über allen Wipfeln dieser Koalition ist ,Ruh'“, die Hürden der nächsten Wahlen nehmen können?

Wir haben einen schweren Zug bergauf zu ziehen. Der ist in der heutigen konjunkturellen, arbeitsmarktpolitischen, strukturellen, finanziellen und sozialen Lage voll geladen mit Problemen. Für diesen schweren Zug sind zwei Lokomotiven vorgesehen.

Niemand wird uns sonst helfen. Die konjunkturellen Aussichten sind nüchtern. Der Bund hat seine eigenen Probleme und gelegentlich macht er uns auch Probleme. Die Strukturfondsmittel der Europäischen Union werden abnehmen. Die Opposition macht alles madig, stellt ihre Ladenhüter ins Schaufenster, hat ein großes Interesse, dass in der Koalition alles so bleibt, weil sie davon profitiert.

Wenn aber die eine Lokomotive nach hinten zieht, das heißt in der Regierungskoalition auch noch – welch erstaunliches Phänomen - eine Teilopposition sitzt, dann ist es kein Wunder, dass wir schlapp aussehen.

Das ist aber derzeit der Fall. Es gibt diverse Projekte, die auf der Ebene der Regierungskoalition verabredet sind, wo aber Vertreter der GRÜNEN vor Ort das Gegenteil bewirken wollen. Die jüngsten Äußerungen der Regionalräte der GRÜNEN sind dafür ein neuerliches Beispiel.

In 15 Monaten sind Kommunalwahlen. In knapp zwei Jahren ist Landtagswahl. Das Ergebnis dieser Landtagswahl im größten Land der Republik nach 39 Jahren SPD-Regierung wird massive Auswirkungen auf die Bundestagswahl 2006 haben.

Wenn wir so weiter machen sollten,

wenn nach den bisherigen Konflikten dieses Jahres alle vier bis sechs Wochen weitere Konflikte darüber öffentliches Zeugnis geben, was wir alles nicht wollen, dann können wir diese Wahlen vergessen.

Machen wir uns nichts vor:

Jeder einzelne Konfliktpunkt mag für sich unverständlich oder kaum vermittelbar sein. Aber die Addition dieser Puzzlesteine ergibt ein Bild der Handlungsunfähigkeit und Inkompetenz.

Und das entspricht garantiert nicht den Erwartungen der Menschen an unsere Politik.

Wenn Ihr meine Einschätzung teilt, dass wir in dieser Verfassung der Koalition als SPD die Wahl nicht gewinnen, dann drängt sich ein Klärungsprozess geradezu auf. Der betrifft auch uns selber - ja! Aber wir haben diesen Klärungsprozess auch zu führen im Verhältnis zu unserem Koalitionspartner.

Wann sollte dann dieser Klärungsprozess geführt werden? Im Herbst dieses Jahres? Nachdem sich die Wellen der Agenda – 2010 - Debatte etwas gelegt haben? Im Frühjahr des nächsten Jahres - ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl? Oder jetzt - mit dem zeitlichen Spielraum zur Korrektur bis zur nächsten Landtagswahl?

Ich bin mit dem Parteivorsitzenden und dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion für jetzt!

Wenn das richtig ist, bleibt die Frage, ob am Beginn dieses Klärungsprozesses eine Art Treueeid, ein Bekenntnis, ein Eheversprechen „Rot-Grün“ stehen sollte.

Meine Antwort lautet „Nein“, weil wir uns dann diesen schwierigen,

aber für unsere Regierungsfähigkeit notwendigen Klärungsprozess gleich sparen könnten.

Wir müssen diesen Klärungsprozess aus den Interessen und Problemen des Landes ableiten.

Dann sind darauf unsere lupenreinen sozialdemokratischen Vorstellungen zu entwickeln - und nicht vorauseilend rot-grüne. Und dann - erst dann - stellt sich die Frage nach der Koalitionsraison. Nicht umgekehrt.

Ich will diesen Klärungsprozess ergebnisoffen führen. Nichts anderes habe ich immer gesagt. Nichts anderes hatte und habe ich vor.

Ich bitte Euch, das wörtlich zu nehmen - und Euch von den Fieberkurven grüner Einlassungen aus Moskau und anderswo oder Spekulationswellen in den Medien nicht nervös machen zu lassen. Ich versichere Euch, es gibt kein Drehbuch für einen Koalitionswechsel.

Aber: Es darf auch keinen Blankoscheck für die Fortsetzung dieser Koalition geben, bevor nicht geklärt ist, welche Politik wir mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf welcher gemeinsamen Plattform bis 2005 gestalten wollen.

Gebt uns diese Zeit bis Ende Juni, um die notwendigen Klärungen vorzunehmen.

Ihr könnt Euch darauf verlassen, dass keine Entscheidung ohne Rückkopplung mit der Partei getroffen wird. Und Ihr könnt sicher sein, dass ich bei all dem das Ziel 2005 niemals aus dem Auge verliere.

Harald Schartau, Edgar Moron, mir und den sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern geht es in erster Linie nicht um einen Koalitionswechsel.

Was wir aber in Nordrhein-Westfalen dringend brauchen ist ein Politikwechsel, um den Menschen die Gründe für einen eventuellen Regierungswechsel zu nehmen.

Dieser Politikwechsel muss durchbuchstabiert werden:

Wir müssen für die Wirtschaftszweige, die nach wie vor in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung für Investition und Beschäftigung sind, eine Politik betreiben, die nicht verstopft oder sie außer Landes treibt. Das gilt zum Beispiel für die Chemie, für die Wasserwirtschaft, für die Grundstoffindustrie, für die Energiewirtschaft, für die Abfallwirtschaft und auch für die Landwirtschaft.

Wir müssen wettbewerbsverzerrende und investitions hemmende Auflagen und Verfahren abbauen. Ergebnisse des Modellversuches in Ostwestfalen-Lippe zum Abbau von Bürokratie müssen im ganzen Land zur Anwendung kommen.

Es ist richtig, die Verwaltungshierarchien abzuflachen und Fachbehörden umfassend in den Verwaltungsaufbau zu integrieren. Ich will euch ein Beispiel geben, das Erzählwert hat und die Zuständigkeit für das nordrhein-westfälische Wildschwein betrifft:

Für die Festsetzung von Jagdzeiten auf ein Wildschwein ist das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd zuständig.

Der Wald, in dem sich das Wildschwein üblicherweise aufhält, unterliegt der Aufsicht der Forstbehörde.

Tritt das Wildschwein aus dem Wald in die freie Feldflur, ändern sich die Zuständigkeiten: Für den Naturschutz ist nun das Dezernat 51 der Bezirksregierung zuständig.

Für das Fleisch nach erfolgreicher Jagd sind die Veterinärbehörden zuständig.

Es handelt sich immer noch um dasselbe Wildschwein. Aber wehe, es überschreitet die Grenzen nach Hessen!

- Eine Neuordnung der Aufgaben der Bezirksregierungen könnte dann aussichtsreich sein, wenn alle mitziehen und keine Ersatzkonstruktionen dabei herauskommen.
- Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss mit der Realisierung von Schlüsselprojekten für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden. Infrastrukturprojekte landespolitischer Bedeutung können nicht einer Vetoposition einzelner Regionalräte unterworfen werden. Dann wären wir paralysiert in diesem Land.
- Die Planungskompetenzen der Kommunen sind über eine Änderung des Landesplanungsrechts zu stärken. Die Selbstorganisation und Zusammenarbeit des Ruhrgebiets ist, muss auf Grundlagen erfolgen, die den Beteiligten selbst am sinnvollsten und effektivsten erscheinen.
- Wir müssen auf eine Reform der Gemeindefinanzen zum 1. <sup>^</sup> Januar 2004 hinwirken. In Übereinstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden steht dabei eine Reaktivierung der Gewerbesteuer und die Entlastung der Kommunen von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern im Mittelpunkt.
- Wir werden jeden Beitrag auf Landesebene leisten müssen, die Anstrengungen des Bundes zur Neuausrichtung der Arbeitsverwaltung und zur effizienteren Vermittlung von Arbeitslosen in neue Jobs zu unterstützen. Wir dürfen keine Abstriche an der Umsetzung des Hartz-Konzeptes zulassen.

- Auf der Grundlage des Kommissionsberichtes von Professor Bull müssen wir die Modernisierung des öffentlichen Dienstes betreiben.
- Im Aufstellungsverfahren des Doppelhaushaltes 2004/2005 werden nach Lage der Dinge nur zwei Bereiche von Einsparungen ausgenommen werden können: Der Bildungsbereich und die Ganztagsbetreuung.

Wir werden in einer äußerst schwierigen Situation die Strukturen des Haushaltes verändern müssen, um einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Die laufenden Prüfungen zum Subventionsabbau, die allen staatlichen Ebenen zugute kommen sollen, erfahren durch die dramatische Haushaltslage aller öffentlichen Kassen einen zusätzlichen Schub. Wir werden sie ohne Tabuisierung betreiben.

Ihr könnt mir glauben, dass die bevorstehenden Sparaktivitäten auch mir keinen Spaß machen.

Aber wegducken hilft nicht weiter. Wir müssen uns diesen Realitäten stellen.

Dass wir Bildung den Vorrang geben, sollten wir Sozialdemokraten den Menschen unseres Landes mit großem Stolz und Selbstbewusstsein präsentieren.

Gleiche Chancen zu schaffen für Kinder und Jugendliche aus materiell nicht so gut gestellten Elternhäusern bleibt Antrieb unserer Politik.

Wir wissen: Soziale Sicherheit bedarf eines leistungsfähigen und zukunftsfesten Systems zur Absicherung der großen Lebensrisiken. Sie

ist aber auch maßgeblich von sozial ausgewogenen Stadtteilen, einem intakten Wohnumfeld und funktionierenden Nachbarschaften abhängig.

Wir müssen daher das Wohnungsbauvermögen des Landes sehr viel stärker auf diese Ziele konzentrieren.

Die Energiepolitik des Landes ist bereits in den 80er Jahren auf die Förderung regenerativer Energien, des Energieeinsparens und der Steigerung der Energieeffizienz gerade auch im Kraftwerksbereich ausgerichtet worden. Da gab es im Haus des Ministerpräsidenten allenfalls eine „grüne Hölle“ – mehr nicht.

Wir waren das erste Land, das hier – wie unter Hans Otto Bäumler und Klaus Matthiesen auch auf anderen Feldern des Umweltschutzes - erfolgreich Akzente gesetzt hat.

Deshalb lasse ich es auch nicht zu, dass die GRÜNEN uns in der Umweltpolitik als Betonköpfe zu disqualifizieren suchen.

Deshalb lasse ich es auch nicht zu, dass sie uns in der Energiepolitik auf eine Kohlefraktion zu verkürzen suchen.

Die Steinkohle wird noch in diesem Jahr eine Anschlussregelung ab 2005 erhalten. Darüber werden die Förderungen, also auch die Zahl der Beschäftigten, also auch die öffentlichen Beihilfen weiterhin rückläufig sein. Daran soll auch der Landeshaushalt teilhaben.

Das ist mit uns zu machen, aber in einem geordneten Prozess.

Nicht mit uns zu machen ist eine bruchartige Entwicklung, bei der die verbliebenen Zechen reihenweise mit der Folge betriebsbedingter Kündigungen platt gemacht würden und die ein Beerdigungsdatum des deutschen Steinkohlebergbaus festlegen würden.

Das wäre sozialpolitisch falsch. Das wäre volkswirtschaftlich falsch, weil die sozialen Kosten höher wären als die öffentlichen Beihilfen. Das wäre im Sinne unserer Energieversorgung falsch. Und das wäre angesichts unserer starken Wettbewerbsposition in der Bergbautechnologie und Kraftwerkstechnik falsch.

Deshalb lasst uns hier keine Gespensterdebatte aufschwätzen, weil Kohle plötzlich zu einem Symbol für sozialdemokratischen Strukturkonservatismus „hochsterilisiert“ wird – wie mein Sohn im Missbrauch von Fremdwörtern sagt.

Wir sind ins Gelingen verliebt.  
Wir sind zum Gelingen verpflichtet.  
Und wir können gewinnen!

Wir können gewinnen,  
wenn wir für die steile Strecke, die vor uns liegt, dem Lokomotivführer auf der zweiten Lok beibringen, bergauf nicht zu bremsen oder während der Fahrt nicht zu versuchen, Blumen zu pflücken, dort, wo wir etwas schneller fahren müssen; sonst kommt der Zug nicht über die Rampe.

Wir werden gewinnen,  
wenn die Koalitionsregierung die Probleme anpackt, die den Menschen unter den Nägeln brennen, also

- soziale Gerechtigkeit zur Leitschnur ihres Handelns macht,
- durch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen Arbeit schaffen hilft,
- der nachwachsenden Generation faire Bildungschancen eröffnet und
- innere Sicherheit garantiert.

Wir werden gewinnen,



wenn unsere Partei selbstbewusst, kämpferisch, ge- und entschlossen agiert und wir alle miteinander nicht dem Trugschluss erliegen, die SPD in Nordrhein-Westfalen sei ohnehin auf Sieg abonniert.

Wir werden gewinnen,  
wenn wir uns der Verantwortung stellen. Und wir sind eben nicht immer den einfachen Weg gegangen.

In dieser Verantwortung dürfen wir nicht weiße Salbe verteilen, sondern müssen uns zu politischen Weichenstellungen durchringen.

Ich bin sicher, dass die Menschen dies anerkennen werden. Die Wählerinnen und die Wähler werden die Politik nur dann abstrafen, wenn die Politik keinen Mut zur Veränderung beweist.

Wir haben nicht mehr viel Zeit, um unsere eigene Antwort zu geben. Aber wir werden uns auf unsere Kraft besinnen und wir werden auf der Höhe der Zeit sein, um Gutes für unser Land bewirken zu können.

Habt Mut!

Habt Vertrauen!

Glück auf!